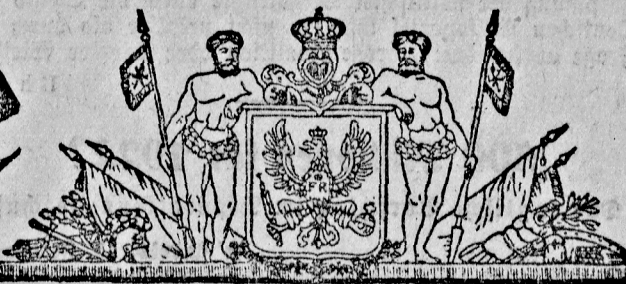


Vossische



Zeitung

70 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulsblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 20 Mark; unter Streifband 60 Mark im Inland, 69 Mark nach dem Ausland. Anzeigen: Zeile 6 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 50 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Neue Erhöhung der Gütertarife.

20 pCt. Zuschlag zu den Gütertarifen.

Die Reichseisenbahn-Verwaltung kündigt in der nachfolgenden amtlichen Meldung eine zusätzliche Erhöhung der Gütertarife um 20 v. H. zu der am 1. Februar in Kraft getretenen an: „Die Ausgaben der Reichsbahn haben sich in letzter Zeit bedeutend erhöht. An Arbeiter werden erhöhte Stundenlöhne und besondere Uberteueringzuschläge bezahlt. Der Teuerungszuschlag der Beamten ist seit dem 1. 1. 1922 um 2000 Mark erhöht worden. Die Befahrungszulage hat eine Erhöhung um 50 v. H. erfahren. Die Belastung der Reichsbahn durch diese Beträge beläuft sich auf rund drei Milliarden. Da erfahrungsgemäß mit der Erhöhung der Bezüge auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, ist mit einer Ausgabensteigerung von insgesamt sechs Milliarden zu rechnen. Die Bewilligung von Uberteueringzuschlägen für Beamte steht noch bevor. Die Reichsbahn erhöht zur Ausgleichung dieser Mehrausgaben die Güter-, Tier- und Expresstguttarife, die bereits zum 1. Februar eine Steigerung erfahren haben, zum 1. März 1922 wiederum um 20 v. H. Eine weitere Hinausschiebung der Maßnahme ist nicht möglich, da die Ausgaben bereits seit dem 1. Januar eingetreten sind. Die Privatbahnen sind ermächtigt worden, sich der neuen Tarifserhöhung anzuschließen.“

Die Arbeiten der Reichsbahn, die auf eine Bilanzierung des Haushalts auch durch Verringerung der Ausgaben hinauslaufen, sind in vollem Gange. Im Haushalt für 1922 sind beispielsweise bereits über 50 000 Köpfe weniger vorgesehen, als zur Zeit vorhanden sind. Von diesen sollen schon bis zum 1. April 20 000 eingepart werden. Auch Ersparnisse an Material, besonders an Kohle und Schmieröl, sind durch besondere Maßnahmen schon für die nächste Zeit sichergestellt. Die neuen Tarife stellen eine starke Belastung des Wirtschaftslebens dar, sind aber auch abgesehen von der Notwendigkeit einer Bilanzierung des Eisenbahnhaushalts durch die fortgesetzten Preissteigerungen für alle Güter gerechtfertigt. Solange diese Aufwärtsbewegung der Preise anhält, kann sich die Reichsbahn dieser Entwicklung nicht entziehen.“

Die Disziplinarmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung.

Um mißverständlichen Auffassungen über die Anwendung der Richtlinien der Reichsregierung über die Disziplinierung der Eisenbahnbeamten, die sich im Streit strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben, entgegenzutreten, wird von amtlicher Seite die folgende Darstellung veröffentlicht: „Nach den Richtlinien dürfen nur solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden, die Urheber des Streiks waren, Sabotage oder gewaltsame Eingriffe verübt

oder andere Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht behindert haben. Gegen unerbittbare Beamte, die solcher Handlungen beschuldigt sind, ist im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens vorzugehen. Mit der Einleitung dieses Verfahrens werden die in Frage kommenden Beamten vom Dienst entbunden. Stellt sich bei der Untersuchung heraus, daß der oben erwähnte Tatbestand nicht zutrifft, so wird das Verfahren eingestellt. Bei kündbaren Beamten tritt an die Stelle der Einleitung des Disziplinarverfahrens die sofortige Entlassung. Stellt sich die Entlassung als nach den Grundrissen nicht gerechtfertigt heraus, so wird sie durch die Stelle, die sie ausgesprochen hat, zurückgenommen.“

Gegen Beamte, die durch Wort oder Tat zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks aufgefordert haben und gegen solche Beamte, von denen infolge ihrer Stellung ein besonderes Verantwortlichkeitsgefühl erwartet werden müßte, werden Ordnungsstrafen, und zwar Warnungen oder Verweise verhängt. Geldstrafen nur in besonderen Fällen.“

Keinerlei disziplinarische Maßnahmen sollen ergriffen werden gegen die sogenannten Mitläufer beim Streik; sie verlieren jedoch, wie alle am Streik Beteiligten, selbstverständlich die auf die Streiktage entfallenden Einkommensbezüge.“

Mit besonderer Strenge soll gegen Bedienstete vorgegangen werden, die etwa Beamte wegen ihrer Pflichterfüllung angegriffen haben.“

Bekanntlich hat bereits vor dem Streik der Reichsverkehrsminister die Beurlaubungen von Beamten zur Reichsgewerkschaft zurückgenommen. Gegen diejenigen Beamten, die der Aufforderung zum Dienstantritt keine Folge geleistet haben, wird in allen Fällen das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet. Durch besondere Anordnungen ist Vorsorge getroffen, daß die eingeleiteten Verfahren mit möglicher Schnelligkeit durchgeführt werden. Alle Beschwerderechte sind selbstverständlich den Beamten gewahrt.“

Aus Vorstehendem geht hervor, daß sich die Reichsbahnverwaltung genau an die Richtlinien des Kabinetts hält, und daß sie bei der Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente voll würdigt. Es entspricht andererseits ihren Verpflichtungen gegenüber der Staatsautorität und gegenüber dem pflichttreuen geliebten Personal, wenn sie die weitere Zusammenarbeit mit den an dem völlig unberechtigten Streik besonders beteiligten Beamten für die Zukunft ablehnt. Die Zahl der Disziplinarfälle wird, sobald hierüber etwas Genaueres bekannt ist, mitgeteilt werden; schon jetzt darf aber darauf hingewiesen werden, daß die mehrheitlich von interessierter Seite in die Presse gebrachten Nachrichten falsch sind, und daß alle Zahlen zu würdigen sind unter Vergleich mit der Gesamtzahl der Streitenden, die auf mindestens 100 000 geschätzt werden muß.“

Sturz des zweiten Kabinetts Bonomi?

Die Programmrede des Ministerpräsidenten.

von Rom, 16. Februar.

Bonomi verlas im Parlament bei überfüllten Bänken eine Verteidigungsrede seines Kabinetts. Er nahm für sich in Anspruch, daß die inneren Konflikte abgenommen hätten, das Defizit vermindert sei und auch der Krach der Banca di Sconto den Interessen des Landes entsprechend gelöst sei. Nach Ueberwindung ironischer Unterbrechungen ging Bonomi zur äußeren Politik über und sagte: „Während des Krieges waren wir mit den Westmächten verbündet und mit Amerika assoziiert, und wir bleiben auch jetzt in der Gruppe derjenigen Großmächte, um Zahlungsausschub, fuhr Bonomi fort, habe sich Italien bei durchaus friedliebend und trage in den Kreis seiner Verbündeten den Geist der Mäßigung und der Versöhnung, durch den allein Europa geholfen werden könne. Bezüglich des deutschen Eruchens um Zahlungsausschub fuhr Bonomi fort, habe sich Italien dem Kabinett diese Reise dorthin gestatten würden. Wenn auch die Politik zwischen Siegern und Besiegten unterschiede, so lenne die Wirtschaft eine solche Trennung nicht. Sie einige vielmehr alle in dem Bewußtsein, in gleichem Maße Besiegte zu sein. Daher sei Bonomi in Cannes für den englischen Vorschlag auf Einberufung der Konferenz von Genua eingetreten. Man habe sich ganz Europa gegenüber zu einem bestimmten Datum verpflichtet, das nicht abgeändert werden könne.“

Bonomi gedachte ferner des Ablebens des Papstes Benedikt XV. und wies darauf hin, daß dieses bedeutsame Ereignis

das Kabinett vor Aufgaben gestellt habe, die ihm aus dem Garantievertrag und dem Empfinden des italienischen Volkes erwachsen. Das Kabinett habe wieder einmal den Beweis dafür erbringen können, daß eine freie geistliche Autorität der Kirche sich im Rahmen eines freien Staatswesens entwickeln könne. Bonomi schloß seine Ausführungen, indem er vor den schweren Schädigungen warnte, die die italienischen Interessen durch die dauernde Unsicherheit der parlamentarischen Lage bedrohten, und forderte das Vertrauen des Parlaments ohne jeden Hinterhalt. „Wir wünschen“, sagte er, „ein offenes, loyales und aufrichtiges Urteil. Sollte es zweideutig oder unbestimmt sein, so würde es nicht nur das Leben des Kabinetts, sondern auch die höchsten Interessen Italiens treffen.“ — Die Popolari sowie die Rechte klatschten, der Rest des Hauses blieb still.

Nach der Aufnahme seiner Rede zu urteilen, ist die Stellung Bonomis, die, wie gestern abend gemeldet wurde, wenigstens bis zum Abschluß der Konferenz von Genua gesichert erschien, aufs neue arg gefährdet. Die Rechte und die Merkanten bilden zusammen noch keine Mehrheit. Wenn die Linke ihren Widerspruch, den sie nach der Rede zunächst durch ihr Schweigen zum Ausdruck gebracht hat, auch bei der Abstimmung betätigt, so ist das Kabinett Bonomis abermals gefährdet. Und Italien steht vor einem parlamentarischen Chaos, das sicherlich als weltpolitische Folge einen Ausschub der Genueser Konferenz zur Folge haben würde. Freilich besteht noch die Möglichkeit, daß ein Teil der Opposition, wie vorgestern bei uns im Reichstag, wegen der außenpolitischen Folgen durch Stimmhaltung das Zustandekommen einer Mehrheit für Bonomi ermöglicht.

Koalition oder Kanzler?

Von den verschiedenen Mißtrauensvoten, die vorgestern dem Reichstag zur Abstimmung vorlagen, zeichnete sich das der Deutschen Volkspartei durch seine besondere persönliche Aufmerksamkeit aus. Nicht gegen die Regierung, sondern einzig und allein gegen den Reichskanzler Dr. Wirth richtete es sich. Die Erklärungen aller anderen Parteien konnten der Reichskanzler als eine politische Sachhandlung ansehen, das Votum der Deutschen Volkspartei mußte er als den Versuch betrachten, ihm persönlich einen Schlag zu versetzen.

Um so erstaunter muß man sein, daß die Deutsche Volkspartei nach wie vor den Glauben in der Öffentlichkeit zu erwecken versucht, es könne in absehbarer Zeit ein Kabinett Wirth geben, in dem völksparteiliche Minister sitzen. Im gestrigen Abendblatt ist bereits der Artikel des Abgeordneten Rippler glossiert worden, der behauptete, daß die Krise des Kabinetts Wirth die Luft gereinigt und Herrn Dr. Wirth oder seine Freunde befähigt gemacht habe. Der Abg. Rippler ist viel zu klug, um nicht zu erkennen, daß das Verhalten der Deutschen Volkspartei das Tischstuch zwischen dem Kanzler und seiner Fraktion zerschneiden hat. Er ist auch viel zu ehrlich, um das Entgegengesetzte öffentlich zu behaupten. Er ist aber geschickt genug, um seinen Artikel so zu fassen, daß bei dem oberflächlichen Lesen nicht jeder gleich merkt, nach welcher Richtung er zur Reife auffordert.

Wenn man seinen Artikel sorgsam liest, so ist das Kernstück in einem Satz enthalten, der ebenso ehrlich wie deutlich ist. Da heißt es: „Die Deutsche Volkspartei hat betont, daß sie die Notwendigkeit der großen Koalition anerkenne, und sie erkennt sie auch heute noch an, auch nach dem Mißtrauensvotum gegen Herrn Dr. Wirth. Sie ist bereit, mitzuarbeiten und die Verantwortung mit zu übernehmen.“

Wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, so bedeuten diese hier: Die Deutsche Volkspartei wünscht nach wie vor die große Koalition; aber sie wünscht nach wie vor nicht Herrn Dr. Wirth als Reichskanzler. Die Haltung der Deutschen Volkspartei hat sich im Grunde genommen also gar nicht geändert. Sie war zwar eine Zeitlang, als sie nicht daran glaubte, Dr. Wirth stürzen zu können, bereit, in ein Kabinett Wirth einzutreten. Aber nur, um dann von innen heraus Dr. Wirth zu beseitigen. Auf die Erreichung dieses Zieles hatte sie auch in der jetzigen Krise alle ihre Kräfte konzentriert. Und die Formulierung ihres Mißtrauensvotums war ja auch darauf berechnet, entweder eine sozialdemokratische Kanzlerschaft mit der großen Koalition oder eine Kanzlerschaft Hermes mit einer Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien zu erreichen.

Die Gründe für die Gegnerschaft der Deutschen Volkspartei gegen den Kanzler sind die gleichen, die vorgestern bei der Abstimmung im Reichstag schließlich eine Notgemeinschaft der politisch Denkenden zum Zwecke der Stützung des Reichskanzlers zusammenschweißten haben. Die Aufrechnung aller möglicher kleiner Fehler und Mißgriffe, die die Deutsche Volkspartei in den Vordergrund schiebt, ist Vorwand. In Wirklichkeit richtet sich die Gegnerschaft gegen die außenpolitischen Grundlinien, die innerhalb des Kabinetts am klarsten vom Reichskanzler vertreten werden. Und gerade um dieser Richtlinien willen hat der Reichskanzler seine Mehrheit gefunden.

Diese Mehrheit hat nicht immer ganz geschickt in den Debatten argumentiert. Der Reichskanzler ist nicht etwa unterstützt worden, weil er dem Ausland besonders gut gefällt. Und auch nicht etwa, wie aus einer wenig geschickten Redewendung gefolgert werden könnte, weil die Entente auf seinen Sturz mit „Sanktionen“ antworten könnte. Sondern weil er durch das Vertrauen, das er sich im Ausland erworben hat, jede deutschen Zielen dienende Politik besser vertreten kann als jeder andere, der augenblicklich als Kanzler kandidiert wird. Nicht etwa, weil er dem Ausland bequemer ist, sondern weil man an die Ehrlichkeit seiner Politik glaubt. Durch diesen Glauben des Auslandes an ihn hat er für Deutschland in der kurzen Zeit seiner Kanzlerschaft mehr erreicht, als alle Nachkriegskabinetts zusammen genommen. Das wagen selbst seine Gegner nicht zu bestreiten. Und sie haben bis heute noch niemals den Versuch gemacht, nachzuweisen, wie man ohne bestimmte Erfüllungsleistungen eine Erfolg versprechende deutsche Politik zu führen vermag.

Diese außenpolitischen Erfolge haben auch im Inland für den Reichskanzler Vertrauen erworben. Zum ersten Male verstehen weite Massen des deutschen Volkes die Grundlinien der Politik ihres Kanzlers. Er gilt ihnen als Verkörperung des demokratischen Gedankens. Und so viel Ausstellungen an Einzelheiten seiner Geschäftsführung auch die radikalen Arbeitergruppen machen mögen: vom Zentrum bis zu den Unabhängigen gilt er den deutschen Arbeitern als Bürgschaft für eine freiheitliche Politik.

Dr. Wirth hat auch klar erkannt, daß Außenpolitik und Innenpolitik zusammengehören. Er weiß, daß man nicht nach außen hin Erfüllung versprechen kann, ohne im Innern für die Aufbringung der versprochenen Summen zu sorgen,